

**Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume  
des Landes Schleswig-Holstein -Amt für Planfeststellung Energie-**

**Planfeststellung nach §§ 43 ff. des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) für die  
Errichtung einer 380-kV-Freileitung (Nr. 317) zwischen dem Umspannwerk (UW)  
Audorf und dem Mast Nr. 3 der 380-kV-Leitung Nr. 316 Hamburg – Dollern im  
Bereich des UW Hamburg/Nord (50Hertz)**

Bekanntmachung des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein - Amt für Planfeststellung Energie-, vom 17.02.2015 zum Az.: AfPE L-663.42-2-6 gem. § 141 Abs. 5LVwG i.V.m. § 9 Abs.2 UVPG.

**I.**

Mit Planfeststellungsbeschluss des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein - Amt für Planfeststellung Energie- vom 20.02.2014 (Az.: AfPE L-663.42-2-4) ist der Plan für das Bauvorhaben für den Neubau der 380 kV-Freileitung Audorf- Hamburg Nord Nr. 317 zwischen dem Umspannwerk Audorf und dem Mast 3 der 380 kV-Freileitung Hamburg Nord - Dollern Nr. 316 sowie für den Rückbau der 220 kV-Freileitung Nr. 204 zwischen dem Umspannwerk Audorf und dem Umspannwerk Hamburg Nord auf dem Gebiet der Gemeinden Osterrönfeld, Schülldorf, Schacht- Audorf, Emkendorf, Bokel, Brammer, Bargstedt, Gnutz, Aukrug, Ehndorf, Arpsdorf, Padenstedt, Hardebek, Großenaspe, Bimöhlen, Hasenmoor, Schmalfeld, Lentförden, Nützen, Alveslohe, Henstedt-Ulzburg, Ellerau, Oersdorf, Winsen, Kisdorf sowie der Städte Quickborn, Norderstedt, Kaltenkirchen in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde, Segeberg und Pinneberg - mit Änderungen und Ergänzungen, die sich im Laufe des Anhörungsverfahrens ergeben haben, festgestellt worden.

Der verfügende Teil des Beschlusses lautet auszugsweise (Ziffer 1 und 2):

**1. Festgestellte Freileitungsbaumaßnahme**

Aufgrund § 43 EnWG sowie §18 AEG i.V.m. §§ 139 ff. LVwG wird hiermit auf Antrag der TenneT TSO GmbH (TTG, Vorhabenträgerin) die Errichtung und der Betrieb für die auf dem Gebiet der Gemeinden Osterrönfeld, Schülldorf, Schacht-Audorf, Emkendorf, Bokel, Brammer, Bargstedt, Gnutz, Aukrug, Ehndorf, Arpsdorf, Padenstedt, Hardebek, Großenaspe, Bimöhlen, Hasenmoor, Schmalfeld, Lentförden, Nützen, Alveslohe, Henstedt-Ulzburg, Ellerau, Oersdorf, Winsen, Kisdorf sowie der Städte Quickborn, Norderstedt, Kaltenkirchen in den Kreisen Rendsburg- Eckernförde, Segeberg, Pinneberg durchzuführende Freileitungsbaumaßnahme

- a. Leitung Nr. 317(TTG): Errichtung einer Freileitung 380 kV Audorf - Hamburg/Nord vom Umspannwerk Audorf bis zum Mast 3 der Freileitung 380 kV Hamburg/Nord – Dollern Nr. 316
- b. Leitung Nr. 204(TTG): Rückbau der bestehenden Freileitung 220 kV vom Umspannwerk Audorf bis zum Umspannwerk Hamburg/Nord (50Hertz)
- c. Leitung Nr. 203(TTG): Anschluss der bestehenden 220 kV Leitung Hamburg/Nord-Hamburg/Nord von Mast Nr. 6 (Leitung Nr. 203) zum Mast Nr. 181 (Leitung 317) und Mitnahme der Leitung Nr. 203 von Mast 181 (Leitung

- Nr. 317) bis Mast 183 (Leitung Nr. 317) mit anschließender Verschwenkung der Leitung Nr. 203 zum Mast Nr. 10A
- d. Leitung Nr. 203 (TTG): Rückbau der bestehenden Leitung von Mast 7 bis zum Mast Nr. 11
  - e. Leitung Nr. 209 (TTG)/118 (E.ON): Verschwenkung der bestehenden 220 kV Leitung Kummerfeld- Hamburg/Nord (TTG) sowie der bestehenden 110 kV Leitung Hamburg/Nord- Kummerfeld (E.ON) von Mast Nr. 48 zum Mast Nr. 181 (Leitung 317) und Mitnahme der Leitung Nr. 209/118 von Mast 181 (Leitung Nr. 317) bis Mast 183 (Leitung Nr. 317), einschließlich Neubau des Mastes Nr. 48
  - f. Leitung Nr. 118 (E.ON): Verschwenkung der Leitung Nr. 118 von Mast 183 zum Mast Nr. 8
  - g. Leitung Nr. 118 (E.ON): Rückbau der bestehenden Leitung von Mast 183 (Leitung Nr. 317) bis zum Mast Nr. 7
  - h. Leitung Nr. 209 (TTG): Verschwenkung der Leitung Nr. 209 Kummerfeld – HH Nord (TTG) von Mast 183 zum Mast Nr. 3 (Leitung 316)
  - i. Leitung Nr. 209 (TTG): Rückbau der bestehenden Leitung 220 kV Kummerfeld- HH Nord (TTG) von Mast 1 bis Mast 47
  - j. Bahnstromleitung Nr. BL579 (DB): Verschwenkung der Bahnstromleitung von Mast 61 (DB) auf Mast 13 (Leitung 317) und anschließender gemeinsamer Führung der BL579 mit der Leitung 317 bis Mast 15 (Leitung 317), anschließend Rückverschwenkung der BL579 zu Mast 58 (BL579) einschließlich Ersatzneubau des Mastes 58 (BL579)
  - k. Bahnstromleitung Nr. BL579 (DB): Rückbau von Mast 58 bis Mast 60

sowie weitere aus dem Plan ersichtliche Baumaßnahmen einschließlich der in dem landschaftspflegerischen Begleitplan dargestellten Maßnahmen festgestellt.

## 1.2 Vorbehalte:

Der Planfeststellungsbeschluss wird mit folgenden Vorbehalten versehen:

1. Die abschließende Entscheidung über die Sondernutzung von Straßen zur Benutzung von Zufahrten bleibt einem ergänzenden Planfeststellungsverfahren vorbehalten. Hierfür sind die notwendigen Zufahrten für die Errichtung, den Abbau und / oder die Unterhaltung der planfestgestellten Freileitung außerhalb der festgesetzten Ortsdurchfahrten des klassifizierten Straßennetzes in einem Plan darzustellen. Ggf. erforderliche bauliche Maßnahmen an diesen Zufahrten sind ebenfalls mit den daraus resultierenden Auswirkungen im Plan darzustellen. Der Vorhabensträger hat hierfür einen Antrag auf ein ergänzendes Planfeststellungsverfahren zu stellen.
2. Die abschließende Entscheidung über mögliche Maßnahmen an den im Bereich der BAB A 7 vorhandenen Streckenfernkabel wie auch solche die im Rahmen der Planfeststellung zum 6 streifigen Ausbau der BAB A 7 geplanten Kabel und Leitungen durch die planfestgestellte 380 kV Freileitung bleibt einem ergänzenden Planfeststellungsverfahren vorbehalten. Hierfür sind durch entsprechende Gutachten zu bestimmen, ob und wenn ja, welche Maßnahmen an den besagten Kabeln im Straßenkörper der BAB A 7 vorzusehen sind. Diese sind in einem Plan darzustellen. Der Vorhabensträger hat hierfür einen Antrag auf ein ergänzendes Planfeststellungsverfahren zu stellen. Dieses ist auch dann durchzuführen, wenn keine Maßnahmen an den besagten Kabeln erforderlich werden.

## **2. Maßgaben (Planänderungen, Auflagen, Erlaubnisse, Nebenbestimmungen)**

### **2.1 Auflagen**

Zu folgenden Themen wurden Auflagen formuliert:

- Immissionsschutzrechtliche Auflagen
- Errichtung von Schutzgerüsten

### **2.2 Planänderungen**

Im Wesentlichen durch:

- Verschiedene Mastverschiebungen und Masterrhöhungen
- Änderungen von Grabenverrohrungen
- Änderung der landschaftspflegerischen Unterlagen

Der Plan wurde im Nachgang zu dem Planänderungsverfahren mit keinen wesentlichen Änderungen versehen.

Unwesentliche Änderungen und Ergänzungen in den ausgelegten Plänen werden nicht einzeln aufgeführt; sie sind den Deckblättern des festgestellten Plans und hand-schriftlichen Blauzeichnungen in diesen zu entnehmen.

### **2.3 Genehmigungen, Erlaubnisse**

Durch die Planfeststellung wird nach § 142 Abs. 1 Satz 1 LVwG die Zulässigkeit des Vorhabens einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen im Hinblick auf alle von ihm berührten öffentlichen Belange festgestellt; neben der Planfeststellung sind andere behördliche Entscheidungen nach Landes- oder Bundesrecht, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen und Planfeststellungen nicht erforderlich. Durch die Planfeststellung werden alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen der Vorhabenträgerin und den durch den Plan Betroffenen rechtsgestaltend geregelt (§ 142 Abs. 1 Satz 2 LVwG).

Dieser Planfeststellungsbeschluss beinhaltet u.a. die folgenden Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Bewilligungen und Zustimmungen, wobei die vorstehenden Auflagen zu berücksichtigen sind.

#### **2.3.1 Wasserhaushalt**

##### **2.3.1.1 Wasserrechtliche Genehmigung**

Der Vorhabenträgerin wird hiermit im Einvernehmen mit dem Landrat des Kreises Segeberg als Wasserbehörde die wasserrechtliche Genehmigung zur Beseitigung von Durchlässen gemäß §§ 67 bis 71 des Wasserhaushaltsgesetz (WHG), in seiner aktuellen Fassung, und § 56 des Wassergesetzes des Landes Schleswig-Holstein (Landeswassergesetz - LWG) in seiner aktuellen Fassung, unbeschadet der Rechte Dritter erteilt.

#### **2.3.2 Landschaftspflege**

##### **2.3.2.1 Zulassung des Eingriffs in Natur und Landschaft**

Der Eingriff wird gemäß § 17 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 11 Abs. 1 LNatSchG zugelassen.

Nach § 17 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. den nach § 15 BNatSchG erforderlichen Entscheidungen und Maßnahmen ist das Benehmen, sowie zum Ausgleich und Ersatz nach § 11 Abs. 1 LNatSchG das Einvernehmen mit der obersten Naturschutzbehörde (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schl.-H.) hergestellt worden.

### 2.3.2.2 Befreiung gemäß § 67 BNatSchG von den Bestimmungen des § 30 Abs. 2 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 1 LNatSchG

Es wird hiermit im Einvernehmen mit der obersten Naturschutzbehörde die Befreiung von den Bestimmungen des § 30 Abs. 2 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 1 LNatSchG zur Beseitigung bzw. Beeinträchtigung der in folgender Tabelle aufgeführten gesetzlich geschützten Biotope erteilt, soweit dies für die Realisierung dieses Vorhabens erforderlich ist:

Biototyp	Beeinträchtigung	Gesamtverlust	Kompensation
<b>Knick</b>	30 m	30 m	60 m
<b>Knick</b>	Angrenzend der Waldumwandlungsflächen der Rückbauleitung (§ 9LWaldG)	Kein Verlust jedoch Änderung des Schutzstatus	Bei Aufforstung in 10 m Knickabstand keine Neuanpflanzungen
<b>Knick</b>	105 Überhälter		289 Bäume
<b>Allee</b>	5 Bäume	5 Bäume	20 Bäume
<b>Bruchwald/ Moorwald</b>	687 m <sup>2</sup>	Einzelbaumentnahmen wegen Aufwuchshöhenbeschränkung bei Überspannung	2.061 m <sup>2</sup>
<b>Bruchwald/ Moorwald</b>	2.863 m <sup>2</sup>	Selektive Einzelbaumentnahmen wegen Aufwuchshöhenbeschränkung bei Überspannung	2.863 m <sup>2</sup>
<b>Bruchwald/ Moorwald</b>	200 m <sup>2</sup>	200 m <sup>2</sup> (Mastanlage)	500 m <sup>2</sup>
<b>Bruchwald/ Moorwald</b>	2.458 m <sup>2</sup>	Temporäre Arbeitsfläche	1.935 m <sup>2</sup>

Im Rahmen der landschaftspflegerischen Begleitplanung erfolgt ein Ausgleich oder Ersatz (vgl. Anlage 8.1 der Planfeststellungsunterlage), sofern erforderlich. Die Eingriffe in gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG und § 21 Abs. 1 LNatSchG gelten damit als kompensiert.

### 2.3.2.3 Befreiung gemäß § 67 BNatSchG von den Festsetzungen der Landesverordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Kreisverordnung zum Schutze von Landschaftsteilen im Kreise Pinneberg vom 31.10.1969“

Hiermit wird der Vorhabensträgerin eine Befreiung nach § 67 BNatSchG von den Verboten des § 2 und gemäß § 3 der Landesverordnung über das Naturschutzgebiet „Kreisverordnung zum Schutze von Landschaftsteilen im Kreise Pinneberg“ erteilt.

### 2.3.2.4 Zulässigkeit gem. § 34 BNatSchG – Natura 2000

Die Vereinbarkeit zwischen dem Gebietsschutz nach § 34 BNatSchG und dem hier beschriebenen Vorhaben ist gegeben. Die Planfeststellungsbehörde schließt sich bei ihrer Prüfung nach § 25 Abs. 1 LNatSchG dem Ergebnis der Fachgutachten zur Verträglichkeitsprüfung gemäß § 34 BNatSchG für folgende Gebiete gemeinschaftlicher Bedeutung an:

- Staatsforsten Barlohe (DE 1823-401)
- Wälder im Aukrug (DE 1924-401)
- Kisdorfer Wohld (DE 2126-401)
- Wehrau und Mühlenau (DE 1724-302)
- Mittlere Stör, Bramau und Bünzau (DE 2024-391)
- Osterautal (DE 2026-303)
- Hasenmoor (DE 2025-303)
- Kaltenkirchener Heide (DE 2125-334)

Die vorgelegten Unterlagen zur Prüfung auf Verträglichkeit des Vorhabens im Sinne des §34 BNatSchG für die vom Vorhaben betroffenen Gebiete gemeinschaftlicher Bedeutung haben zum Ergebnis, dass sich durch das Vorhaben keine erheblichen vorhaben- und kumulationsbedingten Beeinträchtigungen unter Berücksichtigung von Schadensbegrenzungsmaßnahmen ergeben bzw. ausgelöst werden. Das MELUR hat sein Benehmen gem. § 25 (1) LNatSchG zur Verträglichkeit des Projektes nach § 34 (1) BNatSchG hergestellt.

### 2.3.2.5 Ausnahmen gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG von den Verboten des § 44 Abs. 1 BNatSchG (besonderer Artenschutz)

Unter Berücksichtigung von Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen treten keine Zugriffsverbote gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 44 Abs. 5 BNatSchG ein.

### 2.3.2.6 Befreiung nach § 67 BNatSchG von den Verboten des § 27 a LNatSchG

Hiermit wird dem Vorhabensträger, soweit erforderlich, eine Befreiung nach § 67 BNatSchG von den Verboten zu den Fristen zur Beseitigung von Gehölzen und Gebüsch vom 15. März bis 30. September des § 27 a LNatSchG erteilt.

### 2.3.2.7 Genehmigung eines Eingriffs in festgesetzte und durchgeführte Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gem. § 15 BNatSchG i.V.m. § 9 (2) LNatSchG

Dem Vorhabensträger wird hiermit die Beseitigung oder Veränderung von festgesetzten und durchgeführten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genehmigt, soweit dies für die Realisierung des Vorhabens erforderlich ist. Die Eingriffe durch die Anlage von Masten, temporären Zufahrten und Arbeitsflächen, sowie Beeinträchtigungen durch Überspannung der Flächen können unter Berücksichtigung der Bestimmungen des § 15 (4) BNatSchG in bestehende Kompensationsflächen kompensiert werden.

Mast	Gemarkung	Flur	Flurstück	Eingriff dauerhaft	Eingriff temporär	Zielbiotop	Kompensation
133	Schmalfeld	15	23	98 m <sup>2</sup>	---	Feuchtwald	197 m <sup>2</sup>
134	Schmalfeld	16	30	100 m <sup>2</sup>	257 m <sup>2</sup>	Hochstaudenflur	251 m <sup>2</sup>
155	Kaltenkirchen	20	4/1, 5/1	7.055 m <sup>2</sup>	---	Laubwald	15.647 m <sup>2</sup>

Mast	Gemarkung	Flur	Flurstück	Eingriff dauerhaft	Eingriff temporär	Zielbiotop	Kompensation
159	Kaltenkirchen	19	6/11	---	1.897 m <sup>2</sup>	Extensivgrünland	2.276 m <sup>2</sup>

### 2.3.2.8 Nebenbestimmungen

Es sind Nebenbestimmung erteilt worden.

### 2.3.3 Inanspruchnahme von Wald

#### 2.3.3.1 Umwandlung von Wald

Der Vorhabenträgerin wird hiermit die Genehmigung zur Umwandlung von Waldflächen im Rahmen dieses planfestgestellten Vorhabens gem. § 9 BWaldG i.V.m. § 9 LWaldG mit der Auflage der Erfüllung der aufgeführten Nebenbestimmungen erteilt.

Die Eingriffe in Wald im Sinne einer Waldumwandlung gem. § 9 BWaldG i.V.m. § 9 LWaldG erfolgen in nachstehende Flurstücke:

Konflikt in der Planfest-Stellungsunterlage	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Flurstück	Eingriffsgröße (m <sup>2</sup> )	Faktor
<b>K-P2 05/1</b>	Emkendorf	Wildes Moor	4	87/1	<b>8</b>	1
<b>K-P2 08/1</b>					<b>1.560</b>	2
	Bokel	Bokel	11	17/1	1.518	
	Bokel	Bokel	11	17/2	42	
					<b>959</b>	2
	Bokel	Bokel	11	17/1	652	
	Bokel	Bokel	11	17/2	307	
<b>K-P2 09/1</b>					<b>4.168</b>	2
	Brammer	Brammer	3	47/2	3.381	
	Brammer	Brammer	3	93/2	762	
	Brammer	Brammer	3	26/7	25	
<b>K-P2 11/1</b>					<b>7.464</b>	2
	Brammer	Brammer	7	12	4.559	
	Brammer	Brammer	7	58/4	1.416	
	Brammer	Brammer	7	13	1.489	
<b>K-P2 13/1</b>	Bargstedt	Bargstedt	17	16	<b>5.753</b>	1
<b>K-P2 20/1</b>	Gnutz	Gnutz	16	33	<b>6.460</b>	2
<b>K-P2 21/1</b>					<b>879</b>	1
	Aukrug	Böken	9	20	679	
	Aukrug	Böken	9	19	200	
<b>K-P2 22/1</b>	Aukrug	Böken	9	17	<b>1.105</b>	3
	Aukrug	Böken	9	17	<b>8.753</b>	3
<b>K-P2 22/2</b>	Aukrug	Böken	9	28	<b>1.314</b>	3
<b>K-P2 22/3</b>	Aukrug	Böken	9	41	<b>687</b>	3
	Aukrug	Böken	9	40	<b>4.190</b>	3

Konflikt in der Planfest-Stellungsunterlage	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Flurstück	Eingriffsgröße (m <sup>2</sup> )	Faktor
<b>K-P2 26/1</b>					<b>1.154</b>	<b>1</b>
	Ehndorf	Ehndorf	10	37	117	
	Ehndorf	Ehndorf	10	46	724	
	Ehndorf	Ehndorf	10	47	313	
<b>K-P2 28/1</b>	Arpsdorf	Arpsdorf	2	27	<b>2.863</b>	<b>1</b>
<b>K-P2 29/1</b>	Padenstedt	Padenstedt	9	15	<b>1.259</b>	<b>1</b>
<b>K-P2 31/1</b>	Hardebek	Hardebek	2	12/11	<b>94</b>	<b>1</b>
<b>K-P2 31/2</b>	Hardebek	Hardebek	3	3/59	<b>4.629</b>	<b>1</b>
	Hardebek	Hardebek	3	3/59	<b>107</b>	<b>1</b>
<b>K-P2 31/3</b>	Hardebek	Hardebek	3	62	<b>207</b>	<b>3</b>
<b>K-P2 32/1</b>	Hardebek	Hardebek	3	62	<b>666</b>	<b>2</b>
<b>K-P2 41/1</b>	Bimöhlen	Bimöhlen	7	63/44	<b>1.699</b>	<b>3</b>
<b>K-P2 42/1</b>					<b>231</b>	<b>3</b>
	Bimöhlen	Bimöhlen	12	18/3	204	
	Bimöhlen	Bimöhlen	11	114/23	27	
<b>K-P2 43/1</b>	Hasenmoor	Hasenmoor	1	1/20	<b>3.448</b>	<b>3</b>
<b>K-P2 45/1</b>					<b>5.351</b>	<b>2</b>
	Schmalfeld	Schmalfeld	16	28	3.571	
	Schmalfeld	Schmalfeld	16	28	1.780	
<b>K-P2 45/2</b>	Schmalfeld	Schmalfeld	15	23	<b>98</b>	<b>2</b>
<b>K-P2 46/1</b>	Lentförden	Lentförden	7	223	<b>538</b>	<b>1</b>
	Lentförden	Lentförden	7	223	<b>7.595</b>	<b>2</b>
<b>K-P2 50/1</b>					<b>2.485</b>	<b>1</b>
	Nützen	Kampen	6	41	1.321	
	Nützen	Kampen	5	36/8	501	
	Nützen	Kampen	5	36/8	663	
					<b>140</b>	<b>1</b>
	Nützen	Kampen	6	41	70	
	Nützen	Kampen	5	36/8	70	
<b>K-P2 51/1</b>					<b>5.645</b>	<b>1</b>
	Nützen	Kampen	6	5/14	4.081	
	Nützen	Kampen	6	22/6	1.564	
<b>K-P2 51/2</b>	Nützen	Kampen	7	1/3	<b>1.382</b>	<b>1</b>
<b>K-P2 52/1</b>					<b>343</b>	<b>1</b>
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	4	1/19	319	

Konflikt in der Planfest-Stellungsunterlage	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Flurstück	Eingriffsgröße (m <sup>2</sup> )	Faktor
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	4	57/1	24	
<b>K-P2 52/2</b>					<b>4.693</b>	<b>1</b>
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	4	41/15	3.732	
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	4	50/4	961	
<b>K-P2 53/1</b>					<b>4.810</b>	<b>1</b>
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	20	3/1	4.211	
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	4	53/2	599	
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	20	3/1	<b>580</b>	<b>1</b>
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	20	3/1	<b>71</b>	<b>1</b>
<b>K-P2 53/2</b>					<b>2.266</b>	<b>1</b>
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	20	3/1	134	
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	20	5/5	2.132	
<b>K-P2 53/3</b>	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	20	4/1	<b>702</b>	<b>2</b>
					<b>5.584</b>	<b>1</b>
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	20	4/1	346	
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	20	5/1	5.238	
					<b>691</b>	<b>1</b>
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	20	4/1	500	
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	20	5/1	191	
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	20	4/1	<b>78</b>	<b>1</b>
<b>K-P2 53/4</b>					<b>4.739</b>	<b>2</b>
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	20	6/9	950	
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	20	6/4	3.789	
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	20	6/9	<b>227</b>	<b>2</b>
					<b>633</b>	<b>3</b>
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	20	6/3	588	
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	20	5/5	45	

Konflikt in der Planfest-Stellungsunterlage	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Flurstück	Eingriffsgröße (m <sup>2</sup> )	Faktor
	Stadt					
<b>K-P2 54/1</b>	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	19	25/11	<b>1.330</b>	<b>1</b>
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	19	27/3	<b>597</b>	<b>1</b>
					<b>4.193</b>	<b>1</b>
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	19	31/6	345	
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	19	25/9	115	
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	19	33/2	435	
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	19	31/6	762	
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	19	25/9	2289	
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	19	25/9	231	
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	19	25/3	16	
					<b>1.237</b>	<b>1</b>
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	19	25/9	1.226	
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	19	33/2	11	
	Kaltenkirchen, Stadt	Kaltenkirchen	19	25/11	<b>615</b>	<b>1</b>
<b>K-P2 56/1</b>	Alveslohe	Alveslohe	5	46/11	<b>607</b>	<b>1</b>
	Alveslohe	Alveslohe	5	46/11	<b>97</b>	<b>2</b>
<b>K-P2 57/1</b>	Alveslohe	Alveslohe	9	11/6	<b>312</b>	<b>1</b>
					<b>1.114</b>	<b>1</b>
	Alveslohe	Alveslohe	9	2/4	660	
	Alveslohe	Alveslohe	9	11/6	454	
<b>K-P2 60/1</b>	Henstedt-Ulzburg	Ulzburg	15	4/11	<b>1.127</b>	<b>1</b>
<b>K-P2 60/2</b>					<b>1.049</b>	<b>1</b>
	Henstedt-Ulzburg	Ulzburg	15	4/11	683	
	Henstedt-Ulzburg	Ulzburg	15	20	366	
	Henstedt-Ulzburg	Ulzburg	15	4/11	<b>109</b>	<b>1</b>
<b>K-P2 62/1</b>					<b>1.209</b>	<b>1</b>
	Quickborn,	Quickborn	8	10/8	113	

Konflikt in der Planfest-Stellungsunterlage	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Flurstück	Eingriffsgröße (m <sup>2</sup> )	Faktor
	Stadt					
	Quickborn, Stadt	Quickborn	8	10/11	1.096	
<b>K-P2 62/2</b>					<b>467</b>	<b>1</b>
	Quickborn, Stadt	Quickborn	8	46/6	39	
	Quickborn, Stadt	Quickborn	8	8/1	428	
	Quickborn, Stadt	Quickborn	8	8/1	<b>97</b>	<b>2</b>
<b>K-P2 62/3</b>	Quickborn, Stadt	Quickborn	8	11/2	<b>471</b>	<b>2</b>
	Quickborn, Stadt	Quickborn	8	11/2	<b>79</b>	<b>3</b>
<b>K-P2 63/1</b>	Quickborn, Stadt	Quickborn	8	11/2	<b>2.480</b>	<b>2</b>
	Quickborn, Stadt	Quickborn	8	11/2	<b>1.473</b>	<b>2</b>
	Quickborn, Stadt	Quickborn	8	11/2	<b>90</b>	<b>3</b>
	Quickborn, Stadt	Quickborn	8	11/2	<b>117</b>	<b>3</b>
<b>K-P2 64/1</b>	Quickborn, Stadt	Quickborn	8	11/11	<b>3.601</b>	<b>1</b>
					<b>296</b>	<b>2</b>
	Quickborn, Stadt	Quickborn	8	11/11	84	
	Quickborn, Stadt	Quickborn	8	122	174	
	Norderstedt, Stadt	Friedrichsgabe	8	122	38	
	Norderstedt, Stadt	Friedrichsgabe	8	122	<b>612</b>	<b>2</b>
	Quickborn, Stadt	Quickborn	8	11/11	<b>448</b>	<b>2</b>
	Norderstedt, Stadt	Friedrichsgabe	8	122	<b>107</b>	<b>3</b>
	Quickborn, Stadt	Quickborn	8	11/11	<b>92</b>	<b>3</b>
<b>K-P2 65/1</b>					<b>805</b>	<b>1</b>
	Norderstedt, Stadt	Friedrichsgabe	8	103/39	594	
	Norderstedt,	Friedrichsgabe	8	39/54	211	

Konflikt in der Planfest-Stellungsunterlage	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Flurstück	Eingriffsgröße (m <sup>2</sup> )	Faktor
	Stadt					
<b>K-P2 65/2</b>					<b>3.383</b>	<b>1</b>
	Norderstedt, Stadt	Friedrichsgabe	8	39/44	2.836	
	Norderstedt, Stadt	Friedrichsgabe	8	39/48	547	

Die beeinträchtigten Waldflächen und die für die Kompensation notwendigen Ersatzwaldflächen sind im LBP (s. Anlage 8.1 und 8.2 der Planfeststellungsunterlagen) als Grundlage für die durch diesen Planfeststellungsbeschluss erteilte Eingriffsgenehmigung nach § 17 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 11 Abs. 1 LNatSchG dargestellt und bilanziert worden.

Folgende Flächen im Rückbaubereich der bestehenden 220 kV Leitung werden gemäß § 9 Abs. 6 LWaldG als Ersatzmaßnahmen angerechnet:

Maßnahme	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Flurstück	Kompensation Fläche m <sup>2</sup>
A4 05/1	Emkendorf	Wildes Moor	4	87/1	1.168
A4 07/1	Bokel	Bokel	2	29	851
A4 08/1	Bokel	Bokel	11	17/2	1.258
A4 11/1	Brammer	Brammer	4	41/1	2.308
A4 11/2	Brammer	Brammer	7	12	6.815
A4 13/1	Bargstedt	Bargstedt	17	16	4.965
A4 16/1	Gnutz	Gnutz	26	14	2.433
A4 20/1	Gnutz	Gnutz	16	33	8.194
A4 22/1	Aukrug	Böken	9	17	6.723
A4 22/2	Aukrug	Böken	9	28	3.228
A4 22/3	Aukrug	Böken	9	39	3.460
A4 22/3	Aukrug	Böken	9	41	511
A4 26/1	Ehndorf	Ehndorf	10	37	72
A4 26/1	Ehndorf	Ehndorf	10	46	593
A4 26/1	Ehndorf	Ehndorf	10	47	249
A4 28/1	Arpsdorf	Arpsdorf	2	27	4.733
A4 29/1	Padenstedt	Padenstedt	9	15	590
A4 31/1	Hardebek	Hardebek	2	12/11	8.978
A4 31/1	Hardebek	Hardebek	3	3/59	12.673
A4 40/1	Bimöhlen	Bimöhlen	7	9/3	1.004
A4 40/1	Bimöhlen	Bimöhlen	7	9/6	915
A4 41/1	Bimöhlen	Bimöhlen	7	63/44	5.244
A4 42/1 und 2	Bimöhlen	Bimöhlen	12	18/2	2.959
A4 65/1	Norderstedt	Friedrichsgabe	8	39/44	1.316
A4 65/1	Norderstedt	Friedrichsgabe	8	39/48	6.763
A4 69/1	Schmalfeld	Schmalfeld	3	5	2.914
A4 69/1	Schmalfeld	Schmalfeld	3	6	712
A4 70/1	Schmalfeld	Schmalfeld	5	109	1.031
A4 71/1	Schmalfeld	Schmalfeld	9	48	508
A4 71/2	Oersdorf	Oersdorf	1	55	12.228
A4 71/2	Schmalfeld	Schmalfeld	9	8/3	3.364
A4 72/1	Oersdorf	Oersdorf	3	5	6.838

Maßnahme	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Flurstück	Kompensation Fläche m <sup>2</sup>
A4 72/2	Oersdorf	Oersdorf	2	54	304
A4 72/2	Oersdorf	Oersdorf	3	51	1.031
A4 73/1	Winsen	Winsen	2	11/2	3.224
A4 76/1	Henstedt-Ulzburg	Henstedt	1	1/1	133
A4 76/1	Henstedt-Ulzburg	Henstedt	1	2/53	145
A4 76/1	Henstedt-Ulzburg	Henstedt	1	3/93	3.371
<b>Gesamt: 12,38 ha</b>					

Anrechnungen auf Ausgleichsflächen für den Waldausgleich nach § 9 LWaldG:

Maßnahme	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Flurstück	Kompensation sfläche Wald m <sup>2</sup>
A 10	Negernbötzel	Hamdorf	2	35, 36	37.300
A 12	Oersdorf	Oersdorf	5	6	14.000
A 22	Hohenaspe	Hohenaspe	11	93	900
A 23	Hamweddel	Hamweddel	10	25	42.900
<b>Gesamt: 9,51 ha</b>					

Anrechnung von Ersatzaufforstungen aus den Ökokonten für den Waldausgleich nach § 9 LWaldG (s. Ziffer 2.3.2.9 dieses Planfeststellungsbeschlusses)

Ökokonto und Aktenzeichen	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Flurstück	Kompensation sfläche Wald
A7 Ökokonto Ohlau AZ: 67.0020/854/1406 UNB Kreis Segeberg	Nützen	Nützen	8	33	1,07 ha
<b>Gesamt: 1,07 ha</b>					
<b>Gesamtkompensation Wald: 22,96 ha</b>					

Für folgende Ersatzaufforstung besteht bereits eine Aufforstungsgenehmigung:

Maßnahme im LBP, Anlage 8.1	Kreis	Gemeinde	Flur	Flurstück
A10, Neuwaldbildung auf 3,73 ha bei Hamdorf,  Erstaufforstungsgenehmigung vom 19.11.2012 Az: 546-SE-7424.51	Segeberg	Negernbötzel	2	35,36
A12, Waldentwicklung auf einer 1,4 ha großen Fläche  Erstaufforstungsgenehmigung vom 31.05.2013 Az: 546- SE-7424.51	Segeberg	Oersdorf	5	6
A 22, Waldentwicklung durch Anpflanzung standortgerechter heimischer Laubgehölze Erstaufforstungsgenehmigung vom 23.09.2013 Az: 7424.5-IZ	Steinburg	Hohenaspe	11	93

Maßnahme im LBP, Anlage 8.1	Kreis	Gemeinde	Flur	Flurstück
<b>A7</b> , Entwicklung eines Feuchtwaldes  Erstaufforstungsgenehmigung vom 23.09.2009 AZ: 7411.2	Rendsburg- Eckernförde	Hmweddel	10	25

Bereits durchgeführte Ersatzaufforstung werden gemäß § 9 Abs. 6 LWaldG als Ersatzmaßnahme anerkannt. Die naturschutzfachlichen Auflagen aus den Genehmigungen sind in der Planfeststellungsunterlage entsprechend berücksichtigt worden (vgl. Anlage 8.1 sowie der Anlage 8.2 der Planfeststellungsunterlage). Weitere Nebenbestimmungen der bestehenden Erstaufforstungsgenehmigungen bleiben unberührt. Es sind Nebenbestimmungen auferlegt worden.

#### **2.3.4 Denkmalschutz**

Der Vorhabenträgerin werden hiermit gemäß § 13 des Denkmalschutzgesetzes (DSchG) die Genehmigungen für die Beeinträchtigung von Denkmälern ausweislich des festgestellten Planes erteilt. Auf die Anlage 12 – Denkmalschutz – des festgestellten Planes wird im Übrigen verwiesen.

#### **2.3.5 Ausnahme gemäß §9 Abs.8 FStrG bzw. § 29 StrWG SH von dem Anbauverbot an Bundesfernstraßen bzw. Landesstraßen**

Der Vorhabenträgerin werden hiermit die Ausnahmen gemäß § 9 Abs. 8 FStrG von dem Anbauverbot an Bundesfernstraßen erteilt. Die nach dieser Rechtsvorschrift vorgeschriebene Zustimmung der obersten Straßenbaubehörde, der im konkreten die Auftragsverwaltung der Bundesfernstraßen obliegt, erfolgte durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein. Die erteilten Ausnahmen erstrecken sich auf die in Anlage 13 – Anbauverbot an Bundesfernstraßen – genannten Maste.

Betreffend dem Eingriff in die Anbauverbotszone im Bereich der Landesstraßen hat die Straßenbauverwaltung des Landes Schleswig-Holstein keine Anregungen und Bedenken geäußert. Insofern wird von der gesetzlichen Zustimmung zu der Begründung des Eingriffs ausgegangen.

#### **Entscheidung über Einwendungen, Forderungen und Anträge**

Die Einwendungen, Forderungen und Anträge der Betroffenen und der sonstigen Einwender werden zurückgewiesen, soweit ihnen nicht durch Einzelentscheidungen entsprochen wurde oder sie sich nicht auf andere Weise erledigt haben.

## **II.**

Die Rechtsbehelfsbelehrung des Planfeststellungsbeschlusses lautet:

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann gemäß § 74 VwGO innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Planfeststellungsbeschlusses Klage erhoben werden.

Die Klage ist beim

Bundesverwaltungsgericht  
Simsonplatz 1  
04107 Leipzig

oder

Bundesverwaltungsgericht  
Postfach 10 08 54  
04008 Leipzig

schriftlich einzulegen. Sie ist gegen das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein - Amt für Planfeststellung Energie -, Mercatorstraße 3, 24106 Kiel, zu richten.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten.

Die zur Begründung der Klage dienenden Tatsachen und Beweismittel sind innerhalb einer Frist von sechs Wochen anzugeben. Das Gericht kann ein verspätetes Vorbringen zurückweisen (§ 43e Abs. 3 EnWG i.V.m. § 87b Abs. 3 VwGO).

Der Klage sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Die Anfechtungsklage gegen den Planfeststellungsbeschluss hat gemäß § 43e Abs. 1 S. 1 EnWG keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gegen diesen Planfeststellungsbeschluss nach § 80 Abs. 5 S. 1 in Verbindung mit Abs. 2 Nr. 3 VwGO kann gem. § 43e Abs. 1 S. 2 EnWG nur innerhalb eines Monats nach Zustellung des Planfeststellungsbeschlusses beim Bundesverwaltungsgericht gestellt und begründet werden.

Vor dem Bundesverwaltungsgericht muss sich jeder Beteiligte, außer im Prozesskostenhilfverfahren, durch einen Prozessbevollmächtigten vertreten lassen. Dies gilt auch für Prozesshandlungen, durch die ein Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht eingeleitet wird. Als Bevollmächtigte sind nur Rechtsanwälte oder Rechtslehrer an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz, die die Befähigung zum Richteramt besitzen, zugelassen. Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse können sich durch eigene Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt oder durch Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt anderer Behörden oder juristischer Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse vertreten lassen; Diplom-Juristen im höheren Verwaltungsdienst stehen Personen mit Befähigung zum Richteramt gleich. Ein Beteiligter, der nach Maßgabe des § 67 Abs. 4 S. 3 oder 5 zur Vertretung berechtigt ist, kann sich selbst vertreten (§ 67 Abs. 4 S. 8 VwGO).

**III.**

**Hinweis auf die Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses:**

Der Planfeststellungsbeschluss liegt mit einer Ausfertigung des festgestellten Plans vom

**12.03.2015 bis einschließlich 26.03.2015**

in folgenden Auslegungsstellen während der regulären Öffnungszeiten zur Einsichtnahme aus:

**Amt Eiderkanal, Verwaltungsstelle Osterrönfeld,**  
Schulstr. 36, 24783 Osterrönfeld

**Amt Nortorfer Land,** Niedernstraße 6, 24589 Nortorf

**Amt Mittelholstein,** Lindenstraße 21, 24594 Hohenwestedt

**Amt Mittelholstein, Verwaltungsstelle Aukrug,**  
Bargfelder Str. 10, 24613 Aukrug

**Amt Bad Bramstedt-Land,** König-Christian-Str. 6, 24576 Bad Bramstedt  
**Amt Kaltenkirchen-Land,** Schmalfelder Str. 9, 24568 Kaltenkirchen

**Amt Kisdorf,** Winsener Str. 2, 24568 Kisdorf

**Gemeindeverwaltung Henstedt-Ulzburg,**  
Rathausplatz 1, 24558 Henstedt-Ulzburg

**Verwaltungsgemeinschaft Stadt Norderstedt – Gemeinde Ellerau**  
**Außenstelle Ellerau,** Berliner Damm 2, 25479 Ellerau

**Rathaus der Stadt Quickborn,** Rathausplatz 1, 25451 Quickborn

**Rathaus der Stadt Norderstedt,** Rathausallee 50, 22846 Norderstedt

**Rathaus der Stadt Kaltenkirchen,** Holstenstraße 14, 24568 Kaltenkirchen

**Amt Trave-Land,** Waldemar-von-Mohl-Str. 10, 23795 Bad Segeberg

**Amt Rantzeau,** Chemnitzstr. 30, 25355 Barmstedt

**Amt Schenefeld,** Mühlenstr. 2, 25560 Schenefeld

**Gemeinde Ahrensböök,** Poststr. 1, 23623 Ahrensböök

**Amt Jevenstedt,** Meiereistr. 5, 24808 Jevenstedt

**Amt Itzehoe-Land,** Margarete-Steiff-Weg 3, 25524 Itzehoe

Gemäß § 43b Abs. 1 Nr. 5 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) ist der Planfeststellungsbeschluss dem Träger des Vorhabens und den am Verfahren Beteiligten, über deren Einwendungen und Stellungnahmen entschieden worden ist, mit Rechtsbehelfsbelehrung zugestellt worden.

Gegenüber den übrigen Betroffenen, denen ein Planfeststellungsbeschluss nicht zugestellt wurde, gilt dieser mit Ende der Auslegungsfrist als zugestellt (§141 Abs. 4 Landesverwaltungsgesetz).

Diese können innerhalb eines Monats nach dem Ende der Auslegungsfrist Klage erheben.

Im Übrigen wird auf die Rechtsbehelfsbelehrung am Ende des Beschlusses hingewiesen.

Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen entstehende Kosten können nicht erstattet werden.

Kiel, den 20.02.2015

**Ministerium für Energiewende,  
Landwirtschaft, Umwelt und  
ländliche Räume  
des Landes Schleswig-Holstein  
-Amt für Planfeststellung Energie-**

gez.  
Dautwiz